

Verantwortlicher Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
 Verleger und Drucker: R. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
 Vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
 15 Pf., im Abendblatt und Kleinanzeigen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
 Deutschlands: R. Mosse, Haacke & Wogler, G. S. Daube,
 Invalidenbank, Berlin. Ferner: R. Schmidt, Mar. Gerstmann,
 Eberhard B. Thienens, Greifswald, G. Illies, Halle a. S.,
 Jul. Bard & Co. Hamburg, Joh. Neubaar, A. Steiner,
 Wilhelm Wittenberg. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.
 H. Fischer. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Ein Plaubuch über Transvaal.

Ein soeben erschienenes Plaubuch über die jüngsten Vorgänge in Transvaal enthält eine vom Kapgouverneur Sir Robinson dem Kolonialamt übermittelte Drahtung des britischen Agenten in Pretoria, daß Präsident Krüger ausläßlich des Einflusses Jamesons die Einmischung Deutschlands und Frankreichs durch deren Konsuln in Pretoria nachsichte. Aus den übrigen Schriftstücken erhellt nur, daß Chamberlain bemerkt gewesen ist, Jamesons Wagnis zu verbinden. Jameson schrieb am 1. Januar an den britischen Agenten in Pretoria, daß er würde den Weisungen Robinsons, den Rückzug anzutreten, gern gehorchen, aber da er Proviant für die Mannschaften und Pferde bedürfe und alle Vorräte hinter sich aufgebraucht habe, müsse er wegen Ergänzung nachdrücklich nach Krügersdorf oder nach Johannesburg vordringen. Gleichzeitig möchte er gern sein Versprechen, seinen bedrängten Landsleuten im Rand beizustehen, erfüllen. Er habe niemanden befehligt, daß alle an den Vorkriegsländern, denen er begegnet, erklärt, daß obiges sein alleiniger Zweck sei und daß er wünsche, so fort nach dem Gesellschaftsgebiet zurückzukehren. Chamberlain unterrichtete Robinson, die Jameson begleitenden Offiziere würden kassiert, wenn sie ungehorsam seien, und machte auf die möglichen Folgen für die Chartered Company aufmerksam, die verantwortlich sei und im günstigsten Falle eine Entschädigung für die Verletzung von Eigentum zu zahlen haben würde. Robinson antwortete, Cecil Rhodes behaupte, Jameson habe ohne seine Ermächtigung gehandelt.

Weiter enthält das Plaubuch noch folgende bemerkenswerte Einzelheiten:

„Eine Drahtung Chamberlains an Robinson vom 11. Januar enthält die Antwort Chamberlains auf eine Anfrage des Präsidenten Krüger über die Bestimmung des englischen fliegenden Geschwaders. Chamberlain erwidert in der Drahtung Robinson, dem Präsidenten Krüger mitzuteilen, daß drei englische Kriegsschiffe den Befehl erhalten hätten, nach der Delagoabai zu gehen, wo sich schon Schiffe anderer Länder befänden. Das fliegende Geschwader solle für alle Fälle bereit sein; die Regierung habe aber durchgängig nicht die Absicht, das Geschwader zur Zeit in die südafrikanischen Gewässer zu entsenden. Am 13. Januar drahtete Chamberlain an Robinson über die friedliche Regelung der Transvaal-Angelegenheit. So lange die Beschwerden der Umländer bestehen bleiben, heißt es in der Drahtung, werde die Gefahr innerer Unruhen bestehen. Möglicherweise sei Präsident Krüger überzeugt, daß er sich auf irgend eine auswärtige Macht stützen könne, um dem Verlangen nach Reformen zu widerstehen oder um Forderungen an England zu stellen. „Ich glaube, Sie angeht dieser Möglichkeit bedacht zu sein, daß England sich um jeden Preis der Einmischung einer fremden Macht in die Angelegenheiten der Transvaal-Republik widersetzen wird. Ich erinnere daran, daß die Annahme, Deutschland denke an eine solche Einmischung, in England einen einstimmigen, noch nie dagewesenen Ausdruck der öffentlichen Meinung hervorrief. Um für alle Fälle vorbereitet zu sein, hat die Regierung ein fliegendes Geschwader mit zwölf Torpedobooten in Dienst stellen lassen, außerdem liegt eine Anzahl anderer Schiffe bereit. Die Regierung hat gegenwärtig keinerlei Grund, einen Interessenkonflikt mit den auswärtigen Mächten voraussetzen, ich glaube aber, Sie wissen lassen zu sollen, daß England keine Aenderung in seinen Beziehungen zur Transvaal-Republik dulden wird. England achtet loyal die den Verträgen unterliegende innere Unabhängigkeit Transvaals, wird aber seine Stellung als dominierende Macht in Südafrika und besonders die Bestimmungen in Artikel 4 der Konvention von 1884 aufrecht erhalten.“ Am 14. Januar telegraphierte Chamberlain an Robinson: „Es wird Ihre Pflicht sein, dem Präsidenten Krüger in fester Sprache zu erklären, daß die Unterlassung der Abhilfe gegen die Beschwerden der Umländer, die durch das Versprechen Krügers, billige Zugeständnisse zu machen, anerkannt sind, auf die Aussicht einer dauerhaften, befriedigenden Regelung eine verhängnisvolle Wirkung ausüben würde.“ Robinson antwortete hierauf, die Zeit sei der Fortsetzung der Verhandlungen nicht gerade günstig, worauf Chamberlain erwiderte, er werde mit den telegraphischen Instruktionen aufhören und auf dem Postwege eine Drahtung schicken, worin die Politik Englands auseinandergesetzt werde. Diese Drahtung ist vom 4. Februar datiert und in der vergangenen Woche veröffentlicht worden.“

Deutschland.

Berlin, 13. Februar. Als der Kaiser gestern gegen 3 Uhr Nachmittags, auf einer Spazierfahrt begriffen, den Aufgärten durchfuhr, hielt, so wird mehrfach berichtet, plötzlich ein Individuum, das sich unter dem Publikum befand, ein Blatt des „Vorwärts“ in auffälliger Weise dem Kaiser entgegen. Der Mann ergriß, als er von Schutzeleuten arretriert werden sollte, die Flucht, wurde aber sogleich festgenommen und zur Wache gebracht.

Fürst Bismarck hat, den „Neuest. Nachr.“ zufolge, in der Unterredung mit dem Staatssekretär Dr. Leyds am Montag in Friedrichsruh seiner Befriedigung darüber wiederholt Ausdruck gegeben, daß das deutsche Volk in so kräftiger und so einmütiger Weise seine Sympathien für Transvaal kundgegeben habe. Die Depeche des Kaisers an den Präsidenten Krüger hat den Fürsten erfreut.

Der Reichskanzler Fürst Hohenlohe hat gestern in Gegenwart des Ministers v. Bötticher die Deputation des Zentralrats der deutschen Gewerksvereine unter Führung des Verbandsanwalts Dr. Gisch empfangen, die den dringenden Wunsch nach gesetzlicher Anerkennung der Berufsvereine ausprach und darauf hinwies, daß der Mangel eines Normativgesetzes, sowohl in öffentlichen als in privatrechtlicher Hinsicht zumal für die von ihnen angeammelten Bedeutenden Vermögen, die als Reserve für die vielfachen Unterstellungen namentlich der Arbeitslosen dienen, eine feste Gefährdung bilde. Der Reichskanzler erwiderte, daß die gedachte Aufführung ihm sehr wertvoll sei, und daß er auf Grund dieser Angelegenheit nochmals objektiv und wohlwollend prüfen werde. Bedenken seien auch im Reichstage von der Rechten und den National-

liberalen gemacht; indessen sei nicht zu verkennen, daß den Anträgen der Gewerksvereine, besonders in vermögensrechtlicher Beziehung triftige Gründe zur Seite ständen. Staatssekretär v. Bötticher bemerkte, die Angelegenheit werde zunächst im Schoße des preussischen Staatsministeriums gefördert werden. Nachdem der Vorsitzende des Zentralrats, Rauch, die Bedeutung der Gewerksvereine für den Kampf gegen die Sozialdemokratie beleuchtet, und der Reichskanzler und der Staatssekretär ihre Versicherungen wiederholt hatten, verabschiedete sich die Deputation.

In der Kommission des Abgeordneten-Hauses für das Lehrerbeförderungsgesetz wurde gestern Abend die Diskussion über § 4 der Vorlage (Grundgehalt bei Verbindung eines Schul- und Kirchenamtes) wieder aufgenommen. Die Abstimmung über die beiden ersten Absätze des Paragraphen, welche besonders von der Zulage handeln, welche bei dauernder Verbindung eines Schul- und Kirchenamtes gewährt werden soll, ergab für keinen der gestellten Anträge eine Majorität, und ebenso wenig wurden die beiden Absätze nach der Regierungsvorlage angenommen, so daß dieselben also als befeitigt zu erachten sind. Absatz 3 und 4 wurden nach dem Antrag Döbler (Ztr.) in folgender Fassung angenommen: „Bei der Trennung von Schul- und Kirchenämtern findet eine Auseinandersetzung über das Vermögen des vereinigten Amtes statt. Erfolgt die Auseinandersetzung durch Vereinbarung der Beteiligten, so bedarf sie der Bestätigung durch die kirchliche und durch die Schulaufsichtsbehörde. Kommt eine Vereinbarung nicht zu Stande, so erfolgt die Auseinandersetzung durch Beschluß der Bezirksregierung nach Anhörung der Kirchenbehörde und des Schulverbandes.“ Gegen den Beschluß ist innerhalb sechs Monaten nach Zustellung des Beschlusses die Klage im ordentlichen Rechtswege zulässig.“ Absatz 5 wurde in der Fassung der Regierungsvorlage wie folgt angenommen: „Der Lehrer, welcher zur Zeit der Trennung des kirchlichen Amtes von dem Schulamt zum Bezüge des mit dem vereinigt gewesenen Amt verbundenen Dienstverhältnisses beschäftigt gewesen ist, hat Anspruch auf die fernere Verwahrung eines Dienstverhältnisses in gleichem Betrage, sofern nicht seine Anstellung unter dem ausdrücklichen Vorbehalt erfolgt ist, daß und bis zu welchem Betrage er für den Fall einer Trennung des vereinigten Amtes eine stützende Dienstverwahrung sich gefallen lassen müsse.“ Sodann wurde in der Verhandlung der §§ 5 und 6 eingetreten, welche von den Alterszulagen handeln. Die Bepreisung wurde zugleich auf § 25 ausgedehnt, welcher die Leistungen des Staates zum Dienstverhältnis der Lehrer und Lehrerinnen betrifft. Die Debatte kam jedoch noch nicht zum Abschluß und soll in der nächsten Sitzung fortgesetzt werden.

Bezüglich der unbedingt notwendigen Tarifänderung für den Kaiser Wilhelm-Kanal hat der nautische Verein in Kiel unter dem Vorsitz des Geheimrats Sartorius einige Vorschläge gemacht, die an maßgebender Stelle Beachtung finden dürften. Der Verein, dessen Mitglieder die besten Beurtheiler des neuen Wasserweges sind, spricht sich für die Einführung eines Tarifs von 40 Pf. pro Registertonne für sämtliche Schiffe sowie für den Wegfall des Winterzuschlags von 25 Prozent aus und fordert eine Verabreichung von 25 Prozent für den direkten Verkehr zwischen den deutschen Häfen und eine Ermäßigung von 5 Prozent nach zehnmäßigem Passiren des Kanals und um weiteren 5 Prozent nach je fünfmaligem Passiren bis zum Höchstbetrage der Ermäßigung von 20 Prozent. Der Vorsitzende, Geheimrat Sartorius, betont, daß der Winterzuschlag schon aus humanitären Gründen fallen müsse, weil dadurch die Schiffe zur Beibehaltung des äußerst gefährlichen Weges im Stagen gezwungen und in der schlimmsten Jahreszeit von der Benutzung der ruhigen und sicheren Kanalroute abgehalten werden.

Die Erstattung von Beiträgen zur Invaliditäts- und Altersversicherung erfolgt etwa seit der Mitte des letztverflossenen Jahres. In dem für das Ende des Jahres 1895 vom Reichsversicherungsamt herausgegebenen Nachweise über die Dienstverhältnisse liegt also bezüglich der Beitragsverhältnisse die Erfahrung von rund einem halben Jahre vor. Innerhalb desselben sind rund 8800 Erstattungen an weibliche Verdiente, die eine Ehe eingegangen sind, sowie 2300 an kinderlose verheiratete Versicherter, zusammen also 10 600 Erstattungen, zur Anerkennung gelangt. Man wird darnach wohl nicht fehlgehen, wenn man die aus den §§ 30 und 31 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes den Versicherungsanstalten erwachsenden jährlichen Kosten auf Grund einer Annahme von 20 bis 25 000 Erstattungen in Anschlag bringt. Die hieraus zu berechnende Summe ist vorläufig nicht groß. Den Haupttheil bei den Erstattungen werden, wie im ersten Halbjahr der Geltung der §§ 30 und 31, auch in Zukunft diejenigen an weibliche Verdiente einnehmen. Deren Beträge aber werden im Durchschnitt nach der zweiten Lohnklasse entrichtet, machen also auf das Jahresbetrage etwa 5 Mark für den Kopf aus. Gegenüber den sonstigen Ausgaben der Versicherungsanstalten fallen die bisherigen Erstattungen demnach nicht stark ins Gewicht. Man wird jedoch nicht außer Acht lassen dürfen, daß sich auch dieser Beitragszweig voraussichtlich von Jahr zu Jahr immer steigert, als bei der Eingebung von Ehen immer mehr von den weiblichen Verdienten vorher bezahlte Jahresbeiträge erstatet werden müssen.

Braunschw. 12. Februar. Der Voranschlag für den Staatshaushaltsetat kündigt von 1897/98 ab unter Beibehaltung der Grund- und Gewerbesteuer an, daß die mit 300 000 Mark jährlich veranschlagte Personalksteuer wegfallen und an deren Stelle eine auf 1 300 000 Mark jährlich veranschlagte Staatseinkommensteuer treten soll. 19 Prozent der Grund- und Gewerbesteuer sollen den Gemeinden bzw. den Gemeindefürsorge überlassen werden. Das Defizit des Etats für 1896/97 beträgt 500 000 Mark.

Karlsruhe, 12. Februar. Der „Badischen Landeszeitung“ zufolge brachte die national-liberale Fraktion der zweiten badischen Kammer einen Antrag auf Wahlreform ein, wonach die Zahl der Abgeordneten von 63 auf 73 erhöht werden soll. Das Großherzogthum soll danach in 58 Wahlbezirke eingetheilt werden, welche je einen Abgeordneten auf Grund des direkten allgemeinen

Wahlrechtes zu wählen haben, wobei die relative Mehrheit entscheiden soll. Außerdem sollen in 13 Städten zusammen 15 Abgeordnete durch einen aus Klassenwahlen hervorgegangenen Bürgerausschuß gewählt werden.

Österreich-Ungarn.

Wien, 12. Februar. In der Abend Sitzung des niederösterreichischen Landtags kam es wieder zu großen Standaufstößen. Bei der Erörterung über die Lokalbahnen griff der Antifemil Gregor erneut das Landesauschmittglied Dr. Granitsch an, worauf der Landmarschall dem Redner mit Wortentziehung drohte. Gregor, nachdem ich durch das Vorgehen des Landmarschalls nicht in der Lage bin, meine Anschuldigungen gegen einen notorischen Gauner... Diesen Worten folgte ungeheurer Tumult. Gregor konnte den Sitz nicht weiterführen. Die Abgeordneten der Linken sprangen entsetzt von den Sitzen. Der Landmarschall entzog dem Redner das Wort. Gregor, den Lärm überhörend: „In Ihrer Mitte ist ein notorischer Gauner!“ (Entrüstungsturm links.) Landmarschall: Sie haben nicht zu sprechen. Gregor fuhr trotzdem fort, Granitsch als Gauner zu bezeichnen, worauf der Landmarschall die Sitzung unterbrach. Gregor erging sich während der Unterbrechung in Drohungen und erklärte, er werde die Abhaltung der Sitzung verhindern, wenn er nicht sprechen könne; er verlangte nach der Wiederaufnahme der Sitzung das Wort, was ihm der Landmarschall verweigerte. Gregor suchte weiter Staudal zu machen, was ihm aber nicht gelang.

Wien, 12. Februar. Die „Politische Korrespondenz“ erzählt, die Vertreter der Türkei bei den Signatarmächten des Berliner Vertrages hätten dem Auftrage der Pforte, die Zustimmung der Mächte zur Anerkennung des Prinzen Ferdinand von Bulgarien einzuholen, bereits entsprochen. Dem Wiener Kabinete sei die bezügliche Note der Pforte gestern überreicht worden.

Frankreich.

Der Pariser „Temps“ spottet in der gestrigen Nummer über die bonapartistische Propaganda, die gleich der orleanistischen sich in leeren Deklamationen ergeht. Das gemäßigt republikanische Organ hebt hervor, daß die der Republik feindlichen Parteien das mit einander gemein haben, daß sowohl auf Seiten der Chéfs als auch auf Seiten der „Soldaten“ jedermann voll Eifer sei, „zu folgen“. Die Komités rufen unablässig: „Vormarsch!“ und die Präsidenten antworten ebenso regelmäßig: „Bitte, zeigen Sie uns den Weg!“ Gleichzeitig mit den Bonapartisten des 16. Pariser Arrondissements hielten auch die des 10. eine Versammlung, in der man nicht über die Tricolore stritt, sondern, was wichtiger schien, eine Adresse für den Prinzen Viktor Napoleon in Brüssel aufsetzte. Diese soll den Konfurrenten des Herzogs von Orleans aus seiner beschaulichen Ruhe aufreißeln und ihm vorgeblich machen, daß die Imperialisten einen Präsidenten haben möchten, dem sie vertrauen dürfen und der sich auch wieder auf sie verlassen darf. Die Bonapartisten des 10. Pariser Arrondissements schreiben:

„Um ein Kaiserreich zu schaffen, muß man einen Kaiser haben“ — aber immer wieder taucht die Frage auf, heißt es dann weiter: „Wo ist der Kaiser? Was denkt er? Was will er? — Nehmen Sie sich wohl in Acht, Monseigneur! der Orleans laurt, er regt sich, eines schönen Tages wird er sich auf dem Pont-Neuf vor der Reiterstatue Heinrichs IV. aufstellen. Ein Volontär wird ihm dann die Hand an den Stragen legen, aber den nächsten Tag werden unzählige Franzosen dem jungen Prinzen zuschauen, während man in vielen Dörfern nicht einmal Ihren Namen kennt, Monseigneur! Für Sie wäre statt des Standaufs auf dem Pont-Neuf die Venus-Säule da. Wie würden wir uns freuen, wenn wir erfahren, daß wir Sie zur entscheidenden Stunde dort erwarten dürfen, Monseigneur!“

In seinem Artikel: „Les Comités impérialistes“ bemerkt der „Temps“ fipitönd: „So lange dieser Dialog fortdauert, ist es wahrscheinlich, daß auf seinem Pont-Neuf und seinem Plage der „König“ und der „Kaiser“ den glücklichen Wandstreich nicht zu beschließen brauchen werden, den die „Komités“ für die Präsidenten träumen.“

Paris, 12. Februar. Im Laufe des Nachmittags trafen alle parlamentarischen Gruppen zur Beratung der Situation zusammen. In den Kammergängen herrschte viel Bewegung. Es wurde berichtet, das Kabinete Bourgeois sei entlassen, sich über das vom Senat erhaltene Labesvotum hinwegzusetzen, da es konstitutionell nicht verpflichtet sei, das Votum mit der Demission zu beantworten. Es soll im Senat eine sehr tiefergeirige Stimmung herrschen, und ein großer Theil der Senatoren soll, falls Bourgeois nicht demissionirt, einer Frontirungspolitk zuneigen. Die Sozialisten behaupten, hinter dieser senatorialen Fronte stehe der allmählich wieder in den Vordergrund tretende Boulangerfieber, Gruninier Confans, die „bête noire“ Modéforts. Andererseits wird berichtet, Niemand, der in Frage kommen könne, wolle in diesem Augenblick angesichts der vielen unliquidierten Standaufstößen und eingeleiteten Unterstichungen die Geschäft des Kabinets Bourgeois antreten. Die republikanischen Abendblätter meinen, eine Regierung gegen den Senat sei auf die Dauer nicht möglich. Die „Débats“ bezweifeln, daß Bourgeois für das Abenteuer eines Sturms gegen den Senat, zu dem ihm seine Freunde raten, die Majorität der Kammer finden werde.

Paris, 12. Februar. Zwei Beratungen der einzelnen Gruppen währten bis zur Abendstunde. Sämtliche Gruppen des Parlaments beschloffen, das Kabinete nicht über den Senatsbeschluß zu interpellieren. Aber wenn das Kabinete in der Kammer somit der Enthl entronnen scheint, kann es leicht der Charybdis zum Opfer fallen. Der heute Morgen publicirte Brief des jetzigen Kultusministers Combes an den Direktor der Eisenbahngesellschaft, welchen der „Figaro“ als Drohbrief charakterisirt, hat in parlamentarischen Kreisen großes Aufsehen gemacht. Der Opportunist Dufaure wird morgen das Kabinete über die Affaire interpelliren. Die Gegner des Kabinets in der Kammer, die sich schon, das Ministerium über das Senatsvotum anzugreifen, nun nicht als Standaufstöße hingestellt zu werden, dürften in einer Angelegenheit, wo sie selbst als Lichtfreunde gegen das Kabinete auftreten können, mit ihrer Opposition nicht zurückbleiben.

Spätestens in der morgigen Kammer Sitzung dürfte eine Klärung der Lage erfolgen.

Italien.

Rom, 12. Februar. Der Minister Saracco hatte gestern seine Demission gegeben, weil das Parlament noch geschlossen blieb. Hierauf hatte Crispi diefen Morgen eine lange Konferenz mit dem König, worin beschlossen wurde, das Parlament am 5. März wieder zu eröffnen. Saracco bleibt daher im Kabinete.

England.

Der diplomatische Notenwechsel zwischen den Großmächten zur Zeit, da das europäische Koncert in Aktion getreten, im November und Dezember vorigen Jahres, wird demnächst durch ein englisches Plaubuch der politischen Welt bekannt gegeben werden. Diese Vorlage soll dem britischen Parlamente noch im Laufe dieser Woche zugehen. Die britische Regierung fest große Hoffnungen auf diese Veröffentlichungen, insofern, als sie geeignet sein sollen, ihr Verhalten speziell vor jenem Theile des englischen Volkes zu rechtfertigen, welcher gegenwärtig ohne Kenntniss des Sachverhalts sich in Beschwerden darüber ergeht, daß die Regierung für die Leiden der Armen nichts gethan und sich bei den anderen Mächten nicht genug eingesetzt habe, die nöthigen Prestionen auf den Sultan zu üben. Dem friedliebenden Europa hat Lord Salisbury allerdings in dieser Hinsicht eher zu viel, als zu wenig gethan.

London, 12. Februar. Leyds erklärte einem Vertreter der „Central News“, er glaube nicht, daß Präsident Krüger in Folge der Einladung Chamberlains die Reise nach London machen werde.

Bulgarien.

Sofia, 12. Februar. Die Abgeordneten des Sultans, General Muzaffer-Pascha und Kostaki Karahodori trafen heute Nachmittag mittelft Sonderzuges hier ein; in ihrer Begleitung bestand sich der neuernannte ottomanische Kommissar in Sofia Jazi-Bel. Die Gelandchaft wurde auf dem Bahnhofs vom Flügeladjutanten des Prinzen, Madom, von den Ministern, dem bulgarischen Agenten in Wien Stanciov und vom Bureau der Sobranje empfangen. Außerdem hatten sich zahlreiche stammer-Mitglieder, unter denen alle mohamedanischen, zum Empfang der Abgeordneten des Sultans eingefunden.

Der „Agence Balkanique“ zufolge beginnen die Festlichkeiten anlässlich des Abtritts des Prinzen Boris heute mit einer Soiree im Palais des Prinzen Ferdinand zu Ehren des Gastes. Am Tage des Abtritts selbst wird voraussichtlich ein großes Diner im Palais und Tags darauf ein Ball in der Militärkaserne stattfinden. Schon heute sind zahlreiche Deputationen aus dem Lande eingetroffen, für deren Unterkunft die Stadtverwaltung umfassende Vorkehrungen getroffen hat.

Sofia, 12. Februar. Fürst Ferdinand begibt sich am 21. d. M. nach Konstantinopel, um sich dem Sultan vorzustellen und wird dann nach Petersburg reisen, um dem Zaren seinen Dank auszusprechen.

Afrika.

In der in Pretoria im Zuge befindlichen Gerichtsverhandlung gegen die Johannesburger Beschwörer machte am Freitag der Zeuge Joga Steyn, ein Amerikaner im Dienste der Debenquois Company, die folgende bezeichnende Aussage: „Ich wurde aufgefordert, einem Korps beizutreten, das angeblich zum Schutz von Leben und Eigentum der Vandooböcker im Fall von Unruhen errichtet wurde. Es heißt das Aufwühlungskorps und zählte etwa 100 Mann. Es bestand vorwiegend aus Engländern, Australiern und Skandaviern, und es gehörten demselben nur einige Amerikaner an. Bösig wurde angekündigt, daß wir gegen Pretoria marschiren und gegen die Bören kämpfen sollten. Ich mit die andern Amerikaner weigerten uns und wurden sofort gefangen genommen. Man legte uns Handbellen an, bedrohte uns mit Gewehren, und als wir uns nicht einschießen ließen, sperrte man uns im Keller der Bergwerksgesamner ein.“

In Plymouth langten am Montag mit dem Dampfer „Oranville Gaitie“ zwei Vaupreute, ein Deutscher, ein Feloewebel, ein Unteroffizier und ein Gemeiner an, welche in Diensten der britischen südafrikanischen Gesellschaft stehend, den Ueberfall Dr. Jamesons mitgemacht haben. Ein Beamter des Segaments nahm sie in Empfang. Die Reise nach London legen sie in Begleitung eines Geheimpolizisten zurück. Die Leute empfangen das erbauliche Telegramm von Cecil Rhodes in Madagda: „Sagt nichts.“ Der „Oranville Gaitie“ brachte auch fünfzig corwallische Bergleute, die in den Gruben von Johannesburg gearbeitet haben. Als die Bergwerk wieder eröffnet wurden, befand sich am Eingang die Bekanntmachung: „Cornwallier brauchen nicht vorzupreisen.“ Zwei Cornwallier sind in Johannesburg geblieben, gefeiert und gebrandmarkt worden. Die Ankommenden vom Nam versicherten ziemlich überflüssiger Weise, daß Präsident Krüger sich nie und nimmer mit dem unverschämten Home Rules-Plan Chamberlains einverstanden erklären werde.

Lederpreise und Schuhpreise.

Eine außerordentlich bedeutsame Versammlung fand in Frankfurt a. M. am 6. Februar statt. Etwa 600 Lederfabrikanten, Lederhändler und Schuh- und Schaffelfabrikanten aus allen Theilen Deutschlands waren zusammengetreten, um über die Geschäftslage zu beraten. Bekanntlich stiegen im vorigen Sommer die Hute- und Fellpreise und folgedessen auch die Lederpreise um ein bedeutendes. Gegen den Herbst bemächtigte sich die Spekulation nochmals des Artikels und trieb die Preise noch weiter in die Höhe, und zwar so stark, daß die Schuhfabrikation den Aufschlag im Verkauf nicht erzielen konnte. Es erfolgten folgedessen Betriebs-Einschränkungen und der zweite Aufschlag, der von der Spekulation gemacht war, hielt nicht Stand. Die Hute- und Lederpreise gingen vielmehr auf den alten Stand des ersten Aufschlages zurück, der allerdings immer noch 20-30 Prozent höhere Preise ließ wie im Anfang des Jahres 1895. In den Kreisen des Konsums war man nun bis jetzt unschlüssig,

ob diese Preise Stetigkeit haben werden oder ob etwa noch ein weiterer Rückgang stattfinden könne. Darüber sollte die Versammlung berathen. Der Referent der Versammlung, Herr Dreyfus-Frankfurt a. M., erörterte in einem einfüßigen, außerordentlich eingehenden Vortrage, mit Vorlegung reichen Zahlenmaterials, das Entstehen der jetzigen Lage und die voraussichtliche Preisgestaltung. Er kam dabei zu dem Ergebniss, daß unbedingt auf eine Stetigkeit der jetzigen Leder- und Schuhwaarenpreise, die im Durchschnitt 20-30 Prozent höher sind als vor einem Jahre, zu rechnen sei und daß, wenn eine Aenderung der Preise eintreten werde, diese nur nach oben erfolgen kann. Er wies nach, wie bedeutend der allgemeine Industriestückung ist, wie stark der Export von Leder- und Lederwaaren steigt, wie schwach die Bestände von Rohmaterial und halbfertigem Leder in den Gerbereien und wie klein die Vorräthe an Leder in der letzten Hand sind. Sämtliche Redner, die sich hierauf an der Diskussion beteiligten — und dies waren hervorragende Leder- und Schuhfabrikanten aus allen Gegenden Deutschlands — billigten die Ausführungen des Referenten und erklärten fast übereinstimmend, daß ein weiterer Preisrückgang, und namentlich ein solcher auf die Notierungen zu Anfang des vorigen Jahres, geradezu ruinös für die deutsche Leder-Schuhindustrie wäre. Die von dem Referenten beantragte Resolution fand einstimmige Annahme. Sie lautete: „Die am 6. Februar 1896 im „Frankfurter Hof“ zu Frankfurt a. M. stattgehabte Versammlung der deutschen Schuh-, Schaffel- und Lederfabrikanten, sowie der Vertreter verwandter Berufsstände erklären hierdurch: Die Gesamtlage der Industrie und die Einkaufspreise des Rohmaterials lassen es nicht zu, gegenwärtig Leder- und Schuhwaaren zu den niedrigen Preisen zu verkaufen, wie sie vor dem Aufschlage Anfangs 1895 bestanden. In den Verkaufspreisen für Leder- und Schuhwaaren sind überhaupt diejenigen Preiserhöhungen niemals erreicht worden, welche der abnorm hohe Stand der Rohmaterialien bedingt hätte. Angebote zu nominell billigen Preisen können nur auf Kosten der Reellität geschehen.“

Der Streit in der Konfektions-Industrie.

Nun hat sich auch der Reichstag mit den Verhältnissen der Arbeiterinnen der Wäsche- und Konfektionsindustrie beschäftigt und zwar haben die Bepreisungen darüber die ganze gestrige Sitzung ausgefüllt, wie aus dem in letzter Nummer mitgetheilten Reichstagsbericht zu entnehmen. Auf die gegenwärtige Bewegung in der Konfektionsbranche werden diese Debatten allerdings wenig Einfluß haben. Es wurde von allen Rednern anerkannt, daß es mit den Lohnverhältnissen der Arbeiterinnen in der Konfektionsbranche sehr schlecht bestellt sei, aber dies war auch schon ohne die Debatten allgemein bekannt, aber praktische Wege zur Abhilfe wurden nicht in Vorschlag gebracht.

In Berlin hat inzwischen der Ausstand der Konfektionsarbeiter einen größeren Umfang angenommen, als vorhergesehen wurde, und die Zahl der Angehörigen dieser Branche, welche in den Streit eingetreten sind, wird bereits auf höher als 20 000 veranschlagt und man rechnet noch auf eine bedeutende Vergrößerung dieser Zahl, wenn erst die noch ausstehenden Arbeiten beendet sind. Bei den zu leistenden Unterstichungen an die Streikenden werden in erster Reihe und in der ersten Ausstandswoge diejenigen Personen Berücksichtigung finden, welche sich in der größten Nothlage befinden. Inzwischen ist bereits eine Agitation dahin eingeleitet, daß das große Publikum während der Ausstandszeit die in der Bewegung befindlichen Streikenden durch Ertheilung von Privatarbeiten unterstützt. — In mehreren der gestern stattgehabten öffentlichen Schneider-Versammlungen wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß nicht ein Generalstreik, sondern ein Streik als solcher proklamirt werde. Ein Generalstreik, welcher selbst dann ein Weiterstreiken bei sämtlichen Konfektionsfirmen zur Pflicht machte, wenn auch die Hälfte der Firmen die Forderungen der Arbeiter bewilligte, wurde als unthunlich bezeichnet. Am Freitag veranstalteten die Arbeiternehmer vier öffentliche Versammlungen, in denen über den Stand der Bewegung berathen werden soll. — 200 000 Flugblätter wurden am Dienstag in Berlin vertheilt.

Ueber die Pläne, welche in den Kreisen der Reichsregierung zur Aufbesserung der Lage der Konfektionsarbeiter erwogen worden, erfährt der „Konfektionär“, daß die Ausdehnung der stantenkassenversicherungspflicht auf die Heimarbeiter, die sich im Regierungsbezirk Düsseldorf bewährt hat, in Erwägung gezogen wird; ferner, daß man sich mit dem Plane beschäftigt, Vorschriften zu erlassen, welche für die Schneiderwerkstätten getune Räume mit bestimmtem nach Personen berechnetem Rauminhalt vorschreiben, und daß solche Werkstätten nicht als Schlafzimmer, Wohnzimmer, Küche zc. benutzt werden dürfen.

Das Ergebnis der gestern stattgehabten Verhandlung auf dem Einigungsamt des Berliner Gewerkegerichts in Sachen des Ausstands in der Berliner Konfektionsindustrie hat wenig Friedigt. Die anwesenden Firmeneinhaber haben erklärt, daß der Streik nicht gegen die Konfektionsgeschäfte, sondern in erster Linie gegen die Reiter gerichtet sei. Neue Verhandlungen sollen nun mit den Meistern gepflogen werden, die ein besseres Resultat erwarten lassen, da in allen Theilen das Bestreben herrscht, durch Entgegenkommen den Streik aus der Welt zu schaffen.

Auch die „Konf. Kor.“ beschäftigt sich wieder mit der Lohnbewegung, sie wendet sich zunächst gegen die böse Gewerbebefreiheit, indem sie schreibt: „Die Mischlinge im Konfektionswesen, das nur eine von den vielen zerstreuten Arien der Gewerbebefreiheit bildet, sind so arg und so unentzählige, daß deren Abstellung durch eine Streikbewegung gar nicht möglich ist; einer solchen aber auch im Interesse der Staatsverwaltung nicht überlassen werden darf. So bankrott ist es, daß die Regierung im Interesse der Arbeiter sich bereits mit der Angelegenheit beschäftigt, und die Ausdehnung des Arbeiter-Lohnes auch auf die Hausindustrie vorbereitet.

und auch eine Kandidatur nicht mehr an-
n.